

# VORWÄRTS

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

Nr.24 1991 Preis 7,-

Solidaritätspreis 10,-

SOZIALISTISCHE OFFENSIVE  
 KAISERSTR. 14/11 1070 WIEN  
 TEL. 0222 5246310

**Strompreiserhöhung  
 Privatisierung  
 Steuerpläne  
 Asylrecht**

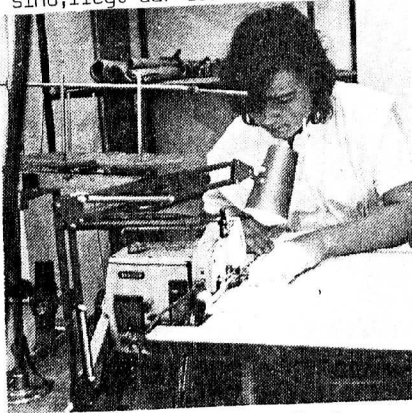
**JETZT  
 REICHT'S**

Katastrophenalarm ist angesagt. Die Bundesregierung bläst zur Jagd. Aber nicht zum fröhlichen Halali auf das "edle" Großwild in den Chefetagen der Konzerne. Im Gegenteil, eine gewaltige Umverteilung von Unten nach Oben steht auf dem (Koalitions-) Programm. Doch die fidele Jagdgesellschaft kann noch gestoppt werden wenn wir uns wehren. Aber bald...

Die Rollenverteilung bei den Verhandlungen war von Anfang an klar: Die ÖVP hatte betont, nur einem nichtsozialistischen Regierungsprogramm zuzustimmen, die SPÖ-Führung hat schon in der Wahlkampf erklärt, alle wichtigen Forderungspunkte mitzutragen. Dementsprechend schlimm sind auch die Pläne der Koalition:

Endgültige Zerschlagung der verstaatlichten Unternehmen durch weitgehende Privatisierungen unter 50%. Verkauf der Großbanken, Umwandlung der ÖBB in eine Ges.m.b.H. Geplant ist auch eine massive Beschneidung gewerkschaftlicher Rechte der Eisenbahner. Aktuelles Beispiel für die Auswirkungen dieser Politik ist die Verbundgesellschaft: Massive Erhöhung der

Stromtarife um hohe Dividenden (Gewinnanteile) auszuschütten und gleichzeitige Entlassung von 10% des Personals. Wer die Gewinner bei Privatisierungen sind, liegt auf der Hand: Kapita-



Mindestlohn: Nur eine Forderung im Wahlkampf?

listen, die gutgehende Bereiche der Verstaatlichten aufkaufen und Millionen scheffeln. Der (nicht profitable) Rest wird zugesperrt oder bleibt in Staatshand. Soziale Rechte und Arbeitsplätze von hunderttausenden Kolleginnen und Kollegen sind in akuter Gefahr.

Aber auch den Beamten geht's an den Kragen. "Natürlich" nur denen, die notwendige Sozial- und Serviceleistungen erbringen, wie

Kindergärtner/innen, Lehrer/innen u.s.w. Für sie soll nämlich die Pragmatisierung fallen. Anstatt einen garantierten Arbeitsplatz für jeden zu erkämpfen, hat die SPÖ mitgeschlossen, den einzigen Bereich, wo es eine solche (wenn auch nicht optimale) Garantie gibt, zu demontieren. Ausnahmen gibt es "zufälligerweise" nur im Bereich der Staatsbürokratie (auf die sich die Unternehmer im Kampf gegen die Arbeiter stützen): also Polizei, Justiz, Militär. Hier gibt es sogar noch Extramittel (vielleicht aus Angst vor kommenden Kämpfen?).

Besonders schlimm sind die Steuerpläne. War schon die letzte Steuerreform eine krasse

**Inhalt:**

Privatisierung.....	3
Flüchtlinge.....	3
SPÖ-Reform.....	4
Gladio.....	5
Luxus Wohnen.....	6
Stoppt die Nazis.....	7
Weltwirtschaft.....	8
Osteuropa.....	10
Deutschland.....	12
PDS.....	13
Berichte aus den Betrieben.....	14
Maggies Ende.....	15
Was wir wollen.....	16

Verschiebung "zugunsten der Besserverdienenden" (Zitat aus einer Studie des tiefenschwarzen WIFO-Institutes), ging man dieses Mal noch ein paar Schritte weiter: Halbierung der Vermögenssteuer, Verdoppelung bis Verdreifachung der Gewerbesteuerfreibeträge...

Weiters sind angesagt: Verschärfung des Asylrechts, Ausweisungspflicht für Ausländer, Privatisierungsmaßnahmen im Rundfunkbereich und bei den Arbeitsämtern...

Kein Wunder, wenn das Kleine Volksblatt (Zentralorgan der ÖVP) am Tag nach Abschluß der Verhandlungen schreibt: "Allein die Beispiele Steuerrreform, Privatisierung (...) auch ÖBB zeigen (...), daß die ÖVP ihre Vorstellungen in beachtlichem Maße durchsetzen konnte."

## EDITORIAL

**Liebe Leserin! Lieber Leser!**  
Im Jahr 1 nach dem Erstarken reaktionärer Kräfte in Ostaunropa gilt es, das Ruder wieder herumzulegen! Die Arbeiterbewegung muß in die Offensive gehen. Imperialismus und Reaktion müssen zurückgedrängt werden.

Alle Arbeiterparteien wären verpflichtet, gegen die Kriegshetze am Golf zu mobilisieren. Die Arbeiter dürfen nicht für Umweltis hingemetzelt werden. Die Amis rechnen mit 200 Toten/Stunde. Hier zeigt der Kapitalismus sein wahres Gesicht. 1 Jahr nachdem er angeblich für immer gesiegt hat und nachdem durch den Zerfall des Warschauer Paktes ewiger Friede ausgebrochen ist, stehen wir am Rande eines Krieges dessen Ausmaß niemand absehen kann.

Der Kapitalismus, der 2/3 der Menschheit in Hunger und Armut hält und Kriege entfacht, kann nicht das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der Zukunft sein. Hunger, Umweltverschmutzung, die Schuldenkrise der 3. Welt, Golfkrieg... alle diese Übel kann der Kapitalismus nicht lösen. Nur die sozialis-

Und auch der Grund warum man diesmal (noch) mit der SPÖ koalitiert und nicht mit der FPÖ, wird im "Volksblatt" genannt: "Alleine die ÖBB-Reform (durchgeführt von einer kleinen Koalition) wäre in der Lage, innenpolitische Turbulenzen auszulösen." Im Klartext: Lieber noch gemeinsam mit der SPÖ (etwas gemäßigtere) Angriffe durchführen, um so die Möglichkeit einer Gegenwehr (die letztlich nur in effizienter Weise aus SPÖ und ÖGB kommen kann) zu reduzieren.

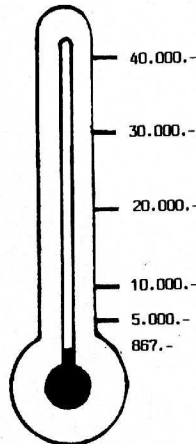
### Wie weiter ?

Die SPÖ hat bei den letzten Wahlen die Mehrheit nicht wegen, sondern trotz ihrer Politik in der Vergangenheit erhalten. Viele, oft gerade junge Menschen, haben sie als Bollwerk

tische Gesellschaft kann einen Ausweg aus den globalen Problemen bedeuten.

Durchsetzen können ihn nur Arbeitermassenorganisationen mit einem sozialistischen Programm. Arbeitet mit uns in der SPÖ für eine sozialistische Politik!

Die Redaktion (Jänner '91)



gegen die Angriffspläne von ÖVP und FPÖ auf unsere politischen und sozialen Rechte gewählt. Doch anstatt den (relativen) Erfolg zu nützen, um gegen die drohenden Attacken zu mobilisieren, hat die Parteiführung die SPÖ wieder zum Erfüllungshelfer für die Konzepte der Unternehmer degradiert. Gegen diese Konzepte und Attacken müssen wir Arbeiter/innen und Jugendliche in die Offensive gehen, wir müssen eine breite sozialistische Front in SPÖ, SJ und Gewerkschaften gegen die Pläne der Regierung aufbauen. Für einen sozialistischen Kurswechsel (den nur wir selbst erkämpfen können)! Für eine SPÖ-Alleinregierung mit sozialistischem Programm! Keine Koalition mit der Reaktion!

Johnny Evers SJ 5

## KAMPFFOND

Ein bewegtes Jahr ist vorbei, ein neues ist angebrochen. In den letzten 2 Monaten des Jahres 1990 gelang es uns große Schritte für die Verbreitung und Finanzierung von VORWÄRTS einzuleiten. Nicht nur, daß einige neue Abo- und Förderabos bestellt wurden, zahlten auch viele Leser beim Straßenverkauf zwischen 20.- und 70.- Schilling für eine Zeitung. Anfang Dezember erreichte uns eine anonyme Einzelspende von 1.000.- Schilling. Auch für ein neues Textverarbeitungsgerät, das wir brauchen, um die Arbeit an der Zeitung zu beschleunigen, spendeten einige, von unserer Sache Überzeugte, zwischen 500.- und 1500.- Schilling.

Das Kampffondsziel wurde dadurch weit überschritten! Angespornt durch unsere Erfolge stackten wir uns für das Jahr 1991 das auf den ersten Blick sehr hohe Ziel von 40.000.- Schilling. Das ist doppelt so hoch als im letzten Jahr. Aber nicht unrealistisch! Durch regelmäßigen Zeitungverkauf und vor allem eure Spenden werden wir es erreichen.

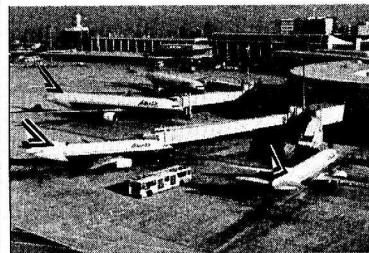
## "Unternehmer, bereichert euch!"

Das ist der Schlachtruf der Regierung! "Gewinne privatisieren, Verluste verstaatlichen" -Diesem Motto wird die Regierung treu bleiben. Es stehen wesentliche Privatisierungen gemeinschaftlicher Unternehmen an.

Der Staatsanteil der Credit-Anstalt und Länderbank sollen unter 50% sinken, da der Staat bei der geplanten Kapitalaufstockung nicht mitziehen wird. Der verstaatlichte Konzern, Austrian Industries, soll als Gesamtkonzern an die Börse gehen. Durch den Verkauf an Aktien sollen 4,5 Mrd. 6S an den Staat fließen. Kein schlechtes Geschäft für Unternehmer, Spekulanten oder reiche Aktionäre (besonders aus dem EG-Ausland). Die Verstaatlichte ist schon seit Jahren auf Gewinne getrimmt worden. Bei der ÖMV machen die Aktionäre bereits hohe Gewinne. Und die Folgen: Kündigungen, Frühpensionierungen, Kürzung der Sozialleistungen und Intensivierung der Arbeit... Die Privatisierung der Energiewirtschaft macht sich schon bezahlt: Abbau von 10% der Belegschaft (Stand 1989: 5600), eine garantierte Dividende von 16%, dafür eine Strompreiserhöhung für 91 von insgesamt 11%! Eine Arbeitsgruppe der Regierung soll außerdem die

Privatisierungsmöglichkeiten bei Staatsmonopolen prüfen. In diesem Zusammenhang steht die Abschaffung der Doppelbesteuerung von Kapitalvermögen. Bis 1992 soll ein EG-gerechtes Telekommunikationsrecht fertig sein, das bedeutet die Trennung von Post und Technik, was wiederum nichts anderes als die Vorbereitung der Privatisierung von gewinnbringenden Teilen der Post ist (Vorbild BRD). Die Post soll nur mehr das Leitungsmonopol haben, damit die Benachteiligung von Privaten gegenüber dem Staat vermieden wird?! Nicht zuletzt der Medienbereich: Die Weichen stehen auf Privatradio bis 1992 und Privatfernsehen. Österreich ist ein Schlaraffenland für private Medienkonzerne (WAZ, Mediaprint etc.), es gibt kein Kartellrecht und das Privatradio soll unter wenigen z.B. Zeitungskonzernen aufgeteilt werden (Vorbild BRD bei Privatsendern). Wir müssen immer wieder die negativen Folgen der Privatisierungspolitik für alle Arbeitnehmer aufzeigen (z.B. Verschlechterung der Lohnquote zugunsten der Unternehmerprofite), wir müssen in der SPÖ, im ÖGB und in den Betrieben unterschieden dagegen auftreten. Die Frage lautet: Wem gehört die Wirtschaft? Daher die Losung: Verstaatlichung aller großen und wichtigen Unternehmen! Demokratische Verwaltung und Kontrolle durch Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat zu gleichen Teilen! Sozialistische Politik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung!

Thomas Kerschbaum SJ 20



Auch profitable Flughäfen sind von der Privatisierung betroffen

### GEMEINSAME INTERESSEN - GEMEINSAMER KAMPF

Das Thema Flüchtlinge ist seit einiger Zeit, der meist diskutierte Gesprächsstoff. Viel zu wenig oder gar nicht wird auf die Hintergründe und Ursachen eingegangen.

Es genügt meist, Ausländer als Wurzeln der Probleme wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot... abzustempeln. Daß das die gewollte Spaltung der Arbeitnehmer durch die Bürgerlichen ist, wird meist übersehen.

Mit der Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden/Woche, die wir gemeinsam mit der Gewerkschaft schon lange fordern, können Arbeitsplätze für Inund Ausländer geschaffen werden.

Der Einstellung von "Billiglohnarbeitern" durch die Unternehmer könnte durch einen Mindestlohn von 10 bis 12.000 entgegen gewirkt werden.

Flüchtlinge werden von Vielen als arbeitsunwillige Schwarrotter bezeichnet, die sich in das "gemachte Netz" setzen wollen. Jedoch verließen selbst die Vorfahren der heutigen Amerikaner mit der Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen ihr Land. Das zeigt eigentlich eher den Arbeitswillen dieser Menschen als das Nutznießen.

Wir müssen unsere Forderungen gemeinsam mit den ausländischen Kollegen erkämpfen, denn unser wirklicher Feind sitzt in der Chefetage, nicht im Flüchtlingslager.

Sissy Jancic SJ 20

### Impressum

Eigentümer, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:

Andrea Koch  
Grenzackerstr.19/9/4 1100 Wien

Druck: A. Riegelnik  
Piaristeng. 19 1080 Wien

Erscheinungsort: Wien  
Hergestellt aus Recycling-Papier

Spendenkonto  
PSK 8812.733

# Reform oder...

## ZUR LAGE DER SPÖ

Es besteht wohl kein Zweifel. Die SPÖ bedarf eines grundlegenden Wandels. Doch wie und in welcher Richtung ist die Frage.

Die SPÖ bietet heute das Bild einer Partei, bei der von ihren Ursprüngen nicht mehr viel übrig ist. Die SPÖ ist eine systemerhaltende Partei und soll jetzt, wenn es nach dem Willen der Parteiführung geht, von einer Arbeiterpartei zur linken Volkspartei (was immer das auch ist) werden. Die konkrete Auswirkung ist die bürgerliche Politik der SPÖ unter Vranitzky.

Natürlich hat die geänderte Linie auch ihre Rückwirkung auf die Mitgliedschaft und vor allem auf die Parteiführung gezeigt. Kein Bankdirektor oder Spitzenmanager fühlt sich mehr deplaciert, luxuriöse Vergnügungen sind erstrebenswert geworden für Funktionäre. Spitzenbezüge und Skandale, früher noch den anderen Parteien vorbehalten, sind im Bewußtsein der Öffentlichkeit typische Markenzeichen der SPÖ geworden. Zu lange wurde die Basis links liegen gelassen, und über ihre Köpfe hinweg Regierungspolitik im Sinne des Kapitals betrieben. Ideologisch plapperte die Parteiführung die bürgerliche Propaganda weitgehend nach: Es gibt kein Proletariat mehr, kein Klassenbewußtsein, der Kapitalismus ist kontrollierbar... und nachher "wunderten" sich dann "unsere" Spitzen, daß viele Arbeiter die Krone lesen und zum Teil auch glauben, was drinnen steht.

Trotzdem ist die SPÖ ihrem Charakter nach immer noch eine

Arbeiterpartei, allerdings mit einer abgehobenen Führung, die vielfach bürgerliche Politik mitträgt oder sogar selbst betreibt. Welche Reform der Partei stellt sich diese Führung nun vor?

Das zentrale Schlagwort der Vorstellungen ist zweifellos "Entproletarisierung". Wie sonst sind Vorschläge zur Auflösung der Betriebssektionen und gleichzeitige Schaffung von "Themensektionen" zu interpretieren? Oder die Äußerung des Bundeskanzlers, die Gewerkschaften sollten maßvolle Lohnforderungen stellen? Zweifellos kursieren noch unzählige weitere solcher Vorschläge in den Köpfen dieser "Parteireformer". Natürlich sind von der Parteispitze geforderte Entflechtungen der angehäuften Funktionen positiv zu bewerten. Doch stößt es natürlich nach wie vor auf Unmut, wenn ein Funktionär nicht mehr 3, 4 oder mehrere Funktionen bekleidet, aber die verbleibende dafür mit hohem Einkommen und Privilegien honoriert wird.



Die SPÖ-Basis sind Arbeiter nicht Banker

Weiters soll nun auch der Name der Partei geändert werden. Die Sozialistische soll eine Sozialdemokratische Partei werden. Scheinbar haben die Herren an der Spitze so viel Angst vor dem Begriff "sozialistisch", daß sie nicht mehr mit ihm leben wollen. Kein Wunder. Trägt doch dieses Wort das Streben nach einer neuen, besseren Gesellschaft in sich, wohingegen sozialdemokratisch das Streben nach Reformen im jetzigen System bezeichnet. Den Unterschied möchte ich Klavierspielen können. Ganz abgesehen davon, daß es eine Verhöhnung aller Revolutionären Sozialisten (1934-1945) ist, da sich die SPÖ auch auf deren Traditionen stützt. So ist es natürlich offensichtlich, welcher Geist hinter der Umbenennung der Partei steht. Die Parteiführung nimmt nun gar nicht mehr in Anspruch gesellschafts-verändernd zu sein.

Nun sollen ja auch die Anrede "Genosse" und das generelle "Du"- Wort verschwinden, zwei Formalitäten, die aber die Menschlichkeit in der Beziehung zwischen Basis und Führung um einiges erleichtern. Wahrscheinlich sind den Herren an der Spitze diese Worte doch etwas zu proletarisch, und mit Arbeitern hat man ja nicht mehr so viel zu tun. Zu guter letzt soll nun auch die Handkassierung endgültig ein Ende finden. Damit soll nun dieses wertvolle Instrument, das die Mitglieder mit persönlichem Kontakt an die Partei binden kann, aufgegeben werden. Natürlich wird es bei dieser Politik immer schwieriger dieses System aufrechtzuer-

halten, da immer weniger Mitglieder bereit sind, auch kassieren zu gehen. Doch da müßte man sehen, wie man diese Funktion wieder attraktiver gestalten kann. Aber wenn man den Mitgliedern gegenüber immer eine Politik verteidigen muß, die man nicht verteidigen kann, so ist es nur allzu verständlich, daß man diese Aufgabe ablegt (Letztlich liegt es vor allem an den Inhalten der SPÖ.).



Parteibasis: Trotz allem froh über das Wahlergebnis

Alles in allem würde die Parteiführung die SPÖ am liebsten zu einer Partei unter Parteien machen, "der es um Österreich geht". Das kann doch nicht das Ziel der Parteireform sein! Vielmehr muß man wieder auf die Menschen orientieren, denen die Partei ihre Entstehung und Erstarkung zu verdanken hat: die arbeitende Klasse. Zweifellos wird es notwendig sein, daß Funktionäre nicht mehr verdienen, als ein Facharbeiter. Die Arbeiterbewegung ist durch Leute wie Marx, Luxemburg oder Lenin groß geworden, die größte Opfer für die Bewegung brachten, und nicht durch die Vranitzkys und Caps.

Dadurch würden sie wieder die Lebensumstände kennenlernen, in

denen ihre Basis lebt. Ein klares Eintreten für die arbeitende Klasse, damit die Arbeiter und Angestellten wieder wissen, wer ihre Interessen vertritt. Keine Umbenennung der Partei, sondern ein klares sozialistisches Programm, das zeigt, daß dieses herrschende System nicht das beste aller möglichen ist. Eine klare sozialistische Politik, die auch zeigt, daß ein Programm nicht nur bedrucktes Papier ist. Keine Auflösung der Betriebssektionen, sondern massive Werbung für diese, damit die Verankerung der SPÖ in den Betrieben gestärkt und nicht liquidiert wird. Eine Demokratisierung der Strukturen, damit der Meinungsfindungsprozeß in den Sektionen und nicht im

Bundespartei Vorstand beginnt. Keine Koalition mit den Bürgerlichen, die nur praktische Selbstaufgabe bedeuten kann, sondern offensives Auftreten im Parlament, in den Landtagen und Gemeinderäten, nicht zuletzt auf der Straße und den Betrieben, zur Durchsetzung der Ziele.

Es wird Zeit, den Unmut in der Partei gegen die Bestrebungen der Parteiführung Luft zu machen. Es wird Zeit eine Front zu formieren, die gegen die neue Linie auftritt. Stärkt die marxistische Tendenz in der SPÖ, unterstützt VORWÄRTS! Damit es der SPÖ nicht "um Österreich" geht, sondern um die arbeitende, lohnabhängige Klasse aller Länder!

Jimmy Müller SJ 20

## GLADIO

Mitte November berichteten die Medien über die Aufdeckung eines Supergeheimdienstes Namens "Gladio" (Schwert) in Italien.

Gladio wurde Mitte der 50er Jahre in vielen Ländern Europas von der NATO gegründet. Aufgabe dieser Organisation war es, im Fall einer sowjetischen Besatzung Untergrunderarbeit zu leisten, aber auch z.B. in Italien oder Frankreich eine Regierung oder Regierungsbeteiligung von Kommunistischen Parteien zu verhindern. Der CIA dürfte Gladio finanziell und personell unterstützt haben. In Italien ist die Existenz von 139 Waffenslagern bekannt, von denen aber nur 127 sichergestellt werden konnten, der Rest blieb verschwunden. Die Einheiten von Gladio wurden auf Sardinien in speziellen Trainingslagern ausgebildet und zumindest in Italien dürften in der Führungsspitze rechtsextreme Offiziere vertreten sein. Gladio dürfte an Terrorakten beteiligt gewesen sein. Sinn dieser Attentate war es, die innenpo-

litische Situation zu verschärfen, die KP zu diskreditieren und die Einsetzung eines "starken Mannes" oder auch eine direkte Intervention der USA zu fördern. Auch in Österreich wurden "analoge Strukturen" aufgebaut - ob sie noch existieren, darüber wird geschwiegen.

Das alles zeigt deutlich, wie ernst es den Kapitalisten und Militärs mit der Demokratie ist. Wenn die Möglichkeit besteht, daß Parteien an die Macht kommen, die unerwünscht sind, dann kümmert man sich nicht um Demokratie, sondern unternimmt alles, um das System zu bewahren. Auch wenn dieser Supergeheimdienst nun offiziell in einigen Ländern aufgelöst oder auf Eis gelegt wird, so heißt das nicht, daß es nicht ähnliches weiter geben wird. Die Kapitalisten werden immer versuchen, ihre Macht zu erhalten - deshalb können sie auch nicht durch vereinzelte Terrorakte, sondern nur durch Massenbewegungen gestürzt werden.

Sonja Grusch SJ 23

## LUXUS WOHNEN

War das rote Wien der 20-er Jahre noch internationales Vorbild im sozialen Wohnungsbau, so zeichnet sich in den 90-er Jahren eine neue Wohnungsnot ab.

Für das Jahr 2000 schätzen öffentliche Stellen ein Wohnungsddefizit von über 300.000 Wohnungen für ganz Österreich. 200.000 Österreicher befinden sich momentan auf Wohnungssuche, schätzungsweise 1 Million fühlt sich in der jetzigen Wohnungssituation nicht wohl. Allein in Wien stehen 11.000 Wohnungen leer - davon über 50% aus Spekulationsgründen. In den letzten Jahren stiegen die Mieten wesentlich rascher, als die Einkommen; Wohnungsbeihilfen wurden oft gänzlich gestrichen bzw. stark gekürzt. Wohnen, das Grundrecht jedes einzelnen, wird zum Luxus.

Vor der Wahl sprachen sich namhafte SP-Funktionäre gegen eine Durchlöcherung des Mieterschutzes aus und der SP-Bautensprecher Eder meinte, daß "mit der ÖVP, die ganz andere Interessen vertritt, ein Konsens nicht möglich ist". Doch nach langen Koalitionsverhandlungen gab die SPÖ wieder einmal den Konservativen Klein bei. Waren früher genau definierte Kriterien ausschlaggebend für gesetzliche Mietzinsobergrenzen (Kategorien A-D), so ersetzte man diese großteils durch vage bestimmte "Angemessenheitskriterien". Die Mietzinsobergrenze für Substandardwohnungen (Kategorie D) erhöhte man auf über das Doppelte.

Die ÖVP zog mit ihrem Programm des "ökosozialen" Wohnens, einem Bestandteil der von ihr gepriesenen Marktwirtschaft, in den Wahlkampf. Doch die Auswüchse der Marktwirtschaft, gerade im Wohnungswesen, bekommen wir immer heftiger zu spüren. Zehntausende Mieter werden maßlos ausgebeutet, das Spekulantentum erlebt eine noch nie

dagewesene Blüte, z.B. mit einer Scheinuntermiete (Der Vermieter ist ein Bekannter oder Verwandter des Hauseigentümers und gibt die Wohnung in Untermiete. Da es aber bei Untermieten keine gesetzlichen Richtlinien gibt, können so alle Mietzinsobergrenzen umgangen werden).

z.B.

Eine Gastarbeiterfamilie bezieht eine Substandardwohnung in Scheinuntermiete und zahlt für ca. 50m<sup>2</sup> inkl. Betriebskosten monatlich über 6000.-. Bei einer regulären Vermietung würde die Gesamtmiete nur etwa 1/4 betragen. (Aus "Die Mieterzeitung" 5/90)

Die soziale Komponente des VP-Programmes entpuppt sich aber schon auf den ersten Blick als zynische Farce. Sie treten besonders für das Eigentum an Wohnungen ein. Bei ihrem Schlagwort "Mehr Privat-weniger Staat" dürfte die VP jedoch vergessen (?) haben, daß privat finanzierte Wohnungen (da die Zinsen immer mehr steigen) zu Mietzinsen von etwa 10.000 für eine Durchschnittswohnung führen würden. Auch schrecken sie nicht von der Forderung zurück öffentlich geförderte Wohnungen zu privatisieren. Dies bedeutet, daß man von Steuergeldern finanzierte Wohnungssubstanz, wilder Spekulation ausliefern würde.

### EXPO

Schon einmal gab es eine Weltausstellung in Wien (1873). Um Hotels zu errichten, kündigte man damals unzähligen Wienern die Wohnung. Die Wohnungszinsen verdreifachten sich schlagartig. Und wie immer waren auch schon damals die sozial schlechter gestellten Schichten, also Arbeiter und Angestellte, von der allgemeinen Teuerungswelle am stärksten betroffen. Heute schon, 5 Jahre bevor der Wahnsinn starten soll, steigen

die Grund- und Wohnungspreise der betroffenen Bezirke (2, 20, 21, 22) ins Uferlose. In alter Tradition müssen die Bewohner den Kopf herhalten. Mit oft kriminellen Methoden vertreibt man die Menschen aus ihren Wohnungen, um meistens noch in gutem Zustand befindliche Häuser niederzureißen und Bürokomplexen im wahrsten Sinne des Wortes den Boden zu ebnen.

### SPÖ

So wie die ÖVP die Interessen des Kapitals vertritt, so sollte sich auch die SPÖ wieder zu ihrer Basis bekennen. Anstatt bürgerlicher Willkür freie Hand zu lassen, ist es Zeit, entschieden gegen Sozialabbau aufzutreten. Das heißt:

- \* Keinen Verkauf von Gemeinde- und anderen öffentlich finanzierten Gebäuden sondern Schaffung neuer Wohnungen mit öffentlichen Mitteln, um einerseits dem steigenden Wohnungsdefizit Herr zu werden und andererseits den Mietwüchsern das Handwerk zu legen.

- \* Mietzinsobergrenzen und Preisbeschränkungen für alle Wohnungen, statt eines dehnbaren Angemessenheitsprinzips.

- \* Sofortige Aufhebung von Scheinuntermietungen.

- \* Verbot des privaten Spekulantentums und des Ablösenwuchers.

- \* Keine Einschränkung der Wohnungsbeihilfen, sondern vielmehr Ausbau dieser, damit auch unsere ausländischen Kollegen (die ja genauso Steuern zahlen) in den "Genuß" dieser kommen.

- \* Enteignung und Überführung der großen Baugesellschaften in Gemeineigentum unter demokratischer Arbeiterverwaltung.

Die Marktwirtschaft ist nicht in der Lage, die elementarsten Bedürfnisse zu befriedigen. Da wir aber kein Europa der Obdachlosen (in Österreich allein über 20.000) hinnehmen können, müssen wir für ein Europa der arbeitenden Menschen kämpfen. Denn nur sie können Wohnungen für alle schaffen!

Wolfgang Flurschütz SJ 5

## STOPPT DIE NAZIS

In letzter Zeit häufen sich Zeitungsmeldungen über Neonazis und deren Aktionen (von "friedlichen" Kundgebungen bis Gewalttätigkeiten).

Mit den Behörden haben Rechts-extreme anscheinend leichtes Spiel. So genehmigte z.B. Anfang November die Polizei in St.Pölten eine Demonstration der VAPÖ (Volksnahe Außerparlamentarische Opposition) mit anschließender Kundgebung. Die VAPÖ, unter der Führung von Gottfried Küssel und Hans Jörg Schimaneck jun., hatte dort keine Probleme ihre ausländerfeindliche und neofaschistische Propaganda zu verbreiten. Doch das war noch nicht genug: Als eine Gruppe von Mädchen der Sozialistischen Jugend "Nazis raus" riefen, wurden sie von der Polizei vom Platz gewiesen, um "genehmigte Kundgebung nicht zu stören". Die 40 bis 50 Neonazis konnten so ungestört ihre Propaganda weiterverbreiten.

Küssel, der in seinen Kreisen "Führer der Ostmark" genannt wird, steht in engem Kontakt mit dem militanten Neonazi Michael Kühnen, der in Deutschland tätig ist und jetzt auch in der ehemaligen DDR - mit UNterstützung aus Österreich - seine Propaganda weiterverbreitet.

Wenn man den Großteil der neofaschistischen Szene betrachtet, dann sieht man deutlich den Unterschied zu "Experten" wie Küssel. Es sind meist vom Gesellschaftssystem frustrierte (wen wundert's!), orientierungslose Jugendliche, die sozial sehr stark in die Gruppe eingebunden sind. Sie sind begeistert von Kampftraining, nationalistischen Sprüchen und Ausländerfeindlichkeit, die einfache Antworten auf ihre Probleme zu geben scheint. Doch politisch steht bei den meisten, auch wenn sie sich als Nationalsozialisten oder sonstiges bezeichnen, nicht viel dahinter.

geschichtliche Betrachtung zeigt, daß der Faschismus nicht hinter der nächsten Ecke steht. Die damalige Massenbasis des Faschismus, das Kleinbürgertum, stellt einen viel geringeren Anteil an der Gesamtbevölkerung und Teile davon befinden sich heute politisch eher links. Erst wenn die Arbeiterbewegung eine sehr starke Niederlage erlitten hat ( wie das vor der Machtergreifung Hitlers der Fall war), hätte der Faschismus die Möglichkeit an die Macht zu kommen.

Heute haben Neonazis keine Chance zu einer Massenbewegung zu werden. Obwohl sie vorgeben, gegen das bestehende System zu kämpfen, tragen sie doch nur zur Erhaltung des Kapitalismus bei. Neonazis dürfen nicht verharmlost werden, da die Gefahr besteht, daß sie bei zunehmender Arbeitslosigkeit besonders von Jugendlichen ohne Perspektive Zulauf gewinnen. Und wenn selbst in der SPÖ ausländerfeindliche Parolen zu hören sind, dann sehen sie von dieser Seite auch keine Alternative. Deshalb ist es nötig, daß SJ, SPÖ und Gewerkschaften Lösungen für Probleme wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot usw. aufzeigen und die Spaltung von Arbeitern in Inland Ausländern bekämpfen. Sie müssen jederzeit offensiv gegen neue und alte Nazis auftreten (z.B. Ordnerdienst auf Demos) und Nazi-propaganda in Schulen, Betrieben und am Fußballplatz verhindern.

Claudia Sorger SJ5



SJ-lerin bei einer Straßendiskussion bei der Nazidemo in St.Pölten

# 5 vor 12

## Weltwirtschaft am Abgrund

Ansichts der Situation in Ost-Europa - Zusammenbruch der stalinistischen Regime und wirtschaftliche Misere - erklärt die bürgerliche Presse "den Marxismus als gescheitert" und die "soziale Marktwirtschaft" als einzige Alternative.

Aber die Situation der Weltwirtschaft ist bei weitem nicht so rosig, wie man uns einzureden versucht. Der seit 1982 anhaltende Boom nähert sich seinem Ende. Auch jene Länder, in denen die wirtschaftliche Situation noch relativ gut ist (BRD, Japan), gibt es Anzeichen für eine Krise, ganz zu schweigen von den Staaten, bei denen sogar die bürgerlichen Medien von Rezession sprechen (z.B. USA).

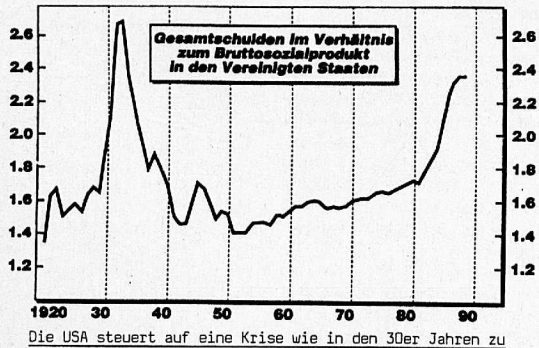
Der Wirtschaftsaufschwung der 80er Jahre hatte mehrere Ursachen. Ein wesentlicher Faktor war der Verfall der Rohstoffpreise. So brachte der Ölpreisverfall von 1986 den industrialisierten Ländern ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von 1,25%. Auch das Rüstungsprogramm vor allem der USA - kurbelte die Wirtschaft an. Etwa 300 Millionen US\$ jährlich führten zu einem erweiterten Absatzmarkt, allerdings auch zu einer Verschärfung der Schuldensituation der USA. Die Neuverschuldung hat sich in den 80er Jahren verzehnfacht und seit 1985 ist die USA Netto-Schuldner.

Ein weiterer Faktor war eine Intensivierung der Ausbeutung. Durch vermehrten Streß (Erhöhung der Produktivität) am Arbeitsplatz konnten höhere Profite erzielt werden, die allerdings nicht an die Arbeiter weitergegeben wurden. Vom Boom der 80er Jahre profitierten die Unterneh-

mer. Die Situation der "3-Welt-Länder" hat sich in dieser Zeit weiter verschlechtert. Die Gesamtverschuldung der "3-Welt" stieg von '82 mit 755 Millionen US\$ auf 1189 Millionen US\$ 1990. Diese Länder produzieren heute hauptsächlich, um zu exportieren und damit die Zinsseszinsen der Schulden zurückzahlen zu können. Es gibt scheinbar keinen Ausweg aus dieser Situation. Die "Entwicklungshilfe" der westlichen Industriestaaten verschlechtert ihre Lage oft noch und bringt sie in noch stärkere Abhängigkeit. Die Kredite sind meistens an Kaufpflichten gebunden und dienen meistens nur zur Abdeckung der Bedürfnisse einer kleinen Oberschicht. Die Probleme der "3-Welt" wollen die Kapitalisten nicht lösen, weil sie davon profitieren. Aber auch der größere Teil der Bevölkerung der Industriestaaten hat von diesem Boom nichts bekommen. In der BRD ist die Lohnquote (Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen) auf einen Tiefstand seit den 60er Jahren

gesunken. Die Reallöhne der amerikanischen Arbeiterklasse stagnieren seit etwa 20 Jahren. Wenn man die Inflation berücksichtigt, so haben die US-Arbeiter heute um 16% weniger Kaufkraft als vor 20 Jahren. Im Gegensatz dazu verdienten die Direktoren der größte US-Konzerne 1980 etwa 40x soviel wie ein durchschnittlicher Arbeiter, heute verdienen sie etwa 95x soviel. In allen Industriestaaten gibt es soziale Probleme. In Zeiten des "Aufschwungs" stehen Obdachlosigkeit, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, ständige Kürzungen im Sozialbereich und Armut auf der Tagesordnung!

Auch die Wirtschaftspolitik in Großbritannien, der "Thatcherismus", hat Verschlechterungen für die britische Arbeiterschaft gebracht. Die Inflation schwankte in der 10-jährigen Amtszeit von Thatcher zwischen 21,8% und 2,4% und hat 1990 mit 10,6% einen Stand erreicht, der höher ist als bei ihrem Amtsantritt. Die Arbeitslosigkeit hat sich seit '82 um das 2,5fache ge-



steigert. Außerdem kam es zu Privatisierungen, die immense Teurerungen zur Folge hatten, zur Schwächung der britischen Gewerkschaften und zu einer Verschlechterung der sozialen Situation für einen großen Teil der Briten.

Und das alles in Zeiten eines "Aufschwungs". Nun befindet sich die Weltwirtschaft aber auf dem absteigenden Ast. Die Ausdehnung des Welthandels wird voraussichtlich von '89 auf '91 von 7 auf 5% sinken. Zwischen Juli und September kam es an vielen Börsen zu starken Kursverlusten:



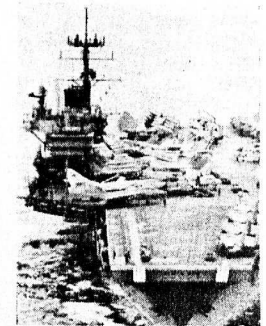
Panik an den Börsen

Tokio -40%, Frankfurt -30%, Wall Street -20%. Die Zuwachsrate der OECD Länder (die 24 wichtigsten Industriestaaten) lag 1989 bei 3-4%, für 1990 werden es nur mehr 2,7% sein. Laut IWF ist die Inflationsrate der Industriestaaten 1990 4,8%. Die USA gerät zunehmend unter Druck. Einerseits wächst die Verschuldung der USA rasch an. Andererseits kommt es durch den Verfall des Dollars zu einem Zinsverfall und damit zu einer Kapitalflucht aus den USA. Hinzu kommt noch ein Kaufkraftverlust des Dollars am Weltmarkt. Die Golfkrise gibt ihr nun den Rest. Hohe Ölpreise und die Kosten eines Krieges werden die Lage der amerikanischen Wirtschaft noch verschlechtern. (Die Kosten des Vietnamkrieges haben der USA eine schwere Wirtschaftskrise beschert.) Es gibt Prognosen, die im Kriegsfall einen Ölpreis von 75\$/Barrel vorhersagen. Bei ihrer letzten Konferenz vor dem

Einmarsch in Kuwait einigte sich die OPEC auf einen Ölpreis von 21\$/Barrel. Die USA verlangen den Abzug der irakischen Truppen deshalb so vehement, weil sie ihre politische und militärische Vormachtstellung im Golf ausbauen wollen und vorallem angewiesen sind auf billiges Öl. Ein hoher Ölpreis würde die Rezession, die in den USA bereits begonnen hat, beschleunigen und vertiefen. Eine Krise der USA hat aber auch immense Auswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft. Ein schrumpfen des US-Marktes würde besonders Japan

Arbeit und Wohnung verliert, dann hat er in diesem System keine Chance. Die Opfer einer Krise sind nicht die Unternehmer, sondern die Arbeiter. Es ist aber auch die Arbeiterbewegung, die diese Krisen lösen können. Nicht durch Lohnverzicht und höhere Preise, nicht durch längere Arbeitszeiten und schnellere Fließbänder und auch nicht durch einen Krieg am Golf, in dem wieder Arbeiter die Opfer wären. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung bringt Profite für Wenige auf Kosten der Mehrheit. Sie muß ersetzt werden durch eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die sich nach den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen richtet.

Die sich ständig verschlechternde Lage in den Ländern der sogenannten "3-Welt" führt zu einer Radikalisierung der Bevölkerung in diesen Ländern. In den Staaten des ehemaligen Ostblocks kommt es ständig zu Preiserhöhungen (Anfang '91 in Ungarn und Polen) und zu einem Absinken des Lebensstandards der Mehrheit der Bevölkerung. Und auch in den westlichen Industrieländern spüren die Arbeiter die immer schlechtere Situation. Auf der ganzen Welt gibt es Proteste:



US-Aufrüstung am Golf

Aber das ist nur der Anfang der kommenden, verschärften Klassenkämpfe, die die Möglichkeiten bieten werden, den Kapitalismus und die damit untrennbar verbundenen Probleme zu beseitigen.

Sonja Grusch SJ 23

# 1 JAHR DANACH

Vor etwa einem Jahr stürzten die Menschen in einigen Ländern Osteuropas die stalinistischen Bürokratien.

Nach Jahrzehnten der Unterdrückung durch einen repressiven Staatsapparat und der wirtschaftlichen Stagnation sahen sie den Ausweg nur im Umsturz des politischen Systems. Die Freiheit, seine eigene Meinung in der Öffentlichkeit äußern zu können, sich mit Gleichgesinnten zu organisieren oder einfach ins westliche Ausland reisen zu können, waren die Ziele dieser Bewegungen. Die sozialen und wirtschaftlichen Probleme blieben jedoch und verschärften sich sogar. Die bürokratisch beherrschte Planwirtschaft erschien der Masse der Bevölkerung als zentrale Ursache ihrer schlechten Lage. Mangels Perspektiven wurde der Ruf nach der "heilbringenden" Marktwirtschaft immer lauter.

Doch sieht man von der Entwicklung in der DDR ab, die in der Vereinigung zu einem kapitalistischen Großdeutschland gipfelte, ist der Übergang zur Marktwirtschaft in keinem einzigen Land wirklich gelungen. Schon die ersten marktwirtschaftlichen Reformen lösten eine Welle von Problemen aus. Steigende Arbeitslosigkeit, extrem hohe Inflation und teilweise Mangelwirtschaft führten zu neuerlichen Unruhen. Massendemos, Streiks und nationalistische Ausschreitungen bestimmen heute die Politik dieser Staaten.

## Ungarn

In Ungarn, wo die stalinistischen Bürokratien die Veränderungen selbst einleiteten, befindet sich die Wirtschaft in einer tiefen Krise. Die jetzige Regie-

rung der Konservativen setzt jedoch weiterhin auf eine Radikalkur. Wichtigster Punkt dieser "Schocktherapie" ist eine weitgehende Liberalisierung der Preise und der Importe. So stiegen die Verbraucherpreise im 1. Halbjahr 1990 um 25,7%, allein die Lebensmittelpreise kletterten um 33% empor, die Preise bei Haushaltsenergieträgern um 24,4%. Die Gründe dafür sind die Zunahme von Importen und der Abbau staatlicher Unterstützungen für Konsumgüter um ganze 9 Mrd. ÖS. Die Regierung muß derartige Maßnahmen durchführen, um vom Internationalem Währungsfonds auch weiterhin die für die Modernisierung der Wirtschaft notwendigen Kredite zu bekommen. Die "Zusammenarbeit" mit dem IWF führt zu einem gewaltigen Sozialabbau. 2,5 Millionen Ungarn (gesamt 10,6 Mio.) leben unter dem Existenzminimum. Aber auch der Mittelstand verarmt rapide. Doch die Menschen sind nicht bereit, alles über sich ergehen zu lassen. Als die Regierung Ende Oktober '90 den Benzinpreis um 65% erhöhte, kam



Die Marktwirtschaft hat die Warteschlangen verlängert

es zu Protesten. Die Taxifahrer blockierten Straßen und legten den Verkehr lahm. Sofort solidarisierten sich die meisten Ungarn und die Konservativen mußten einlenken. Immer mehr Ungarn wenden sich von der Regierung Antall ab. Bei den letzten Kommunalwahlen legten die beiden liberalen Parteien kräftig zu. Mangels Alternative traut man ihnen zu, die Inflation (1990: 30%) bekämpfen zu können und endlich westliche Investoren ins Land zu bringen. Dem Absinken auf den Standard eines "3. Welt-Landes" und einer "verlängerten Werkbank" westlicher Unternehmen werden aber auch diese Parteien nichts entgegenzusetzen haben. Die einzige Hoffnungsträger fuer die Arbeiterbewegung sind die Arbeiterräte in vielen Betrieben. Wenn die Marktwirtschaft, der Sozialabbau und die Privatisierung unerträglich werden, werden die Arbeiterorganisationen die einzigen wirkungsvollen Träger des Massenprotestes sein.

## Polen

Ähnlich ist die Situation in Polen. Preissteigerungen (1990 etwa 140%), eine Inflationsrate zwischen 600 und 700%, steigende Arbeitslosigkeit, die durch das Zusperrn betriebswirtschaftlich unrentabler Betriebe, in die kein einziger westlicher Kapitalist investieren will, verursacht wird, führen zu einer "neuen Armut". Das Realeinkommen der Bevölkerung ist um ein Drittel gesunken. Die Industrieproduktion ist um 25% zurückgegangen und auch die Landwirtschaft ist in der Krise. Hinzu kommt noch, daß Polens Schuldenberg auf umgerechnet 470 Mrd. ÖS angewachsen ist. Falls ausländisches Kapital weiterhin aus-

bleibt, wird Polens Wirtschaft in spätestens 5 Jahren am Ende sein, meinen polnische Experten. Der Solidarnosc-Führer Lech Walesa nutzte den Mißmut unter der Bevölkerung und wurde mit klarer Mehrheit zum Präsidenten gewählt. Walesa ist als Vertreter der Gewerkschaftsbürokratie und der Kirche sicher kein Mann des Volkes. Eine weitere wirtschaftliche Verschlechterung wird wahrscheinlich zu einer politischen Radikalisierung führen, wobei die Gefahr einer Militärdiktatur langfristig durchaus gegeben ist. Die einzige Kraft, die dies verhindern könnte, ist die Gesellschaftsbewegung. Walesa versucht immer, die Streikbewegungen (z.B. der Eisenbahner oder der Bauern) abzuwürgen. Aber diese Streiks und Proteste zeigen, das Polen ein soziales Pulverfaß ist. Die kämpfenden Teile der Solidarnosc haben eine starke Basis in den Betrieben und wären imstande noch größere Streikbewegungen zu führen.

## CSFR

Die CSFR ist stolz auf die "Sanfte Revolution" im November 1989 und Staatspräsident Havel garantierte zwar bürgerliche Freiheiten und einen gemäßigten Übergang zur Marktwirtschaft, doch die Realität scheint auch dieses liberalere Modell einzuholen. Havels Finanzminister Klaus drängt auf eine Radikalkur. Die Abwertung der tschechischen Krone um 50% gegenüber frei wechselbaren Währungen, drastische Teuerungen bei Energieträgern (z.B. 390% bei Fernwärme) und der Anstieg der Lebenshaltungskosten um 14% gegenüber dem Vorjahr führen zu neuerlichen Spannungen. Vor allem in der Slowakei stehen nationalistische Auswüchse, die lediglich Ausdruck sozialer Probleme sind, auf der Tagesordnung. Das Bürgerforum Havels verliert immer mehr an Vertrauen. Die slowakische Separatistenbewegung nützt immer mehr

die politische Krise in der CSFR. Die zunehmende Unzufriedenheit äußert sich auch in der relativen Stärke der Reformkommunisten.

## Bulgarien

Die BSP, die Partei der Reformkommunisten, siegte bei den (etwas dubiosen) Wahlen im Juni '90 ganz klar, doch sie ist nicht imstande die wirtschaftliche Lage zu verbessern. Der gemäßigte Übergang zur Marktwirtschaft endete in einem Desaster. Die bürgerliche Opposition, die durch die Mangelwirtschaft immer mehr an Zulauf gewinnt, kritisiert die hohen Preise und den niedrigen Lebensstandard, hat aber als Weg nur noch eine Schocktherapie a la Ungarn anzubieten.



Es gibt immer mehr Entlassungen in Osteuropa

## Rumänien

Rumänien kämpft mit ähnlichen Problemen. Die neostalinistische "Nationale Front" von Präsident Iliescu steht einer sich verschärfenden Mangelwirtschaft gegenüber. Das riesige Elend sowie die nationalistischen Ausschreitungen gegen Roma und Ungarn lassen immer mehr Menschen ins Ausland flüchten. Die Nationale Front sieht sich immer öfter mit Großdemos der Opposition konfrontiert, die sich um die Revolution betrogen fühlt. Für Rumänien gilt (ebenso für die anderen Länder Osteuropas), daß die unabhängige Arbeiterbewegung noch nicht gesprochen hat.

Ein Jahr nach den Umwälzungen

in Osten ist von Freiheit und Demokratie nicht viel zu sehen. Der Übergang zur Marktwirtschaft westlichen Musters ist für diese Staaten nicht möglich ohne die Menschen in absolute Armut zu stürzen und daß die Arbeiterbewegung eine massive Niederlage erleidet. Effektive Unterstützung ist von seiten der westlichen Industriestaaten in anbeacht der prekären Lage der Weltwirtschaft kaum zu erwarten. Noch hofft die Mehrheit der Bevölkerung auf eine rasche Verbesserung der katastrophalen Wirtschaftslage. Auch wenn sich die wachsende Unmut der Menschen Osteuropas immer öfter in Demonstrationen und Streiks äußert, darf man die großen Illusionen in die kapitalistische Marktwirtschaft nicht übersehen. Das Fehlen einer sozialistischen

Alternative läßt eher rechtsautoritäre oder neostalinistische Regimes wahrscheinlich werden. Eins muß uns jedoch klar sein: Die Marktwirtschaft wird in Osteuropa die Probleme der Menschen auf keinen Fall lösen können. Um noch konkreter zu werden: Schwarzmarkt, hohe Preise, niedriger Lebensstandard, Mangelwirtschaft, staatliche Unterdrückung, bürokratische Mißwirtschaft und Kriminalität sind Resultate des Stalinismus und der Politik im Interesse des westlichen Kapitals. Wie anders als durch eine sozialistische Umwälzung und eine durch die Arbeiterschaft kontrollierte demokratische Planwirtschaft könnte sich die Situation verbessern.

Gernot Trausmuth SJ Sommerlin

## Deutschland nach der Wahl

Die deutschen Bundestagswahlen im Dezember endeten mit einem katastrophalen Ergebnis. Während die reaktionäre CDU/CSU/FDP-Koalition fast 55% der Stimmen erhielt, überschritt die SPD mit 33,5% gerade noch die 1/3 Grenze. Was waren die Ursachen für diese Niederlage und wie geht's im vereinigten Deutschland weiter?

Der gesamte Wahlkampf stand im Licht von Großdeutschlandjubiläum und dumpfer Antisozialismus. Die CDU (mit Kohl als "Oberpapa" der Nation) gab sich volksverbunden durch "Gemeinsam schaffen wir es" - Slogans. Die FDP eher weltmännisch mit H.D.Genscher als Gallionsfigur. Inhaltlich war nicht viel zu bemerken, außer abstrakten Bekenntnissen zur "freien-sozialen" Marktwirtschaft. Mit ihren tatsächlichen Forderungen und "Leistungen" hätten CDU/CSU/FDP auch kaum Wahlkampf führen können. Seit ihrem Amtsantritt kamen von dieser Regierung massive Angriffe auf die deutsche Arbeiterklasse. Das Streikrecht wurde verschärft (§ 116), die Zahl der Sozialhilfeempfänger stieg unter Kohl von 2,3 Mio auf 3,5 Mio. Jeder zehnte BRD-Bürger lebt unter der Armutsgrenze. Für ein Drittel aller Kinder in der (Ex-) Bundesrepublik fehlen Kindergartenplätze. Dazu Wohnungsnot, Hochrüstung, Pflege-notstand... Währenddessen verdienten die Unternehmer in der europäischen Wirtschaftsgroßmacht Deutschland wie noch nie: Die Gewinne haben sich in den 80er Jahren verdoppelt, 37% des Volkseinkommens fließen in Unternehmertaschen. Und auch die Pläne der Regierung gehen weiter in diese Richtung: Niedrigsteuerparadies (für Unternehmer) in der Ex-DDR, weiterer Sozialabbau im Westen, Billiglöhne im Osten...

Gesamtdeutsch werden für 1991 4 Millionen Arbeitslose (2 Mio. Ost/ 2 Mio. West) erwartet. Verständlich, daß CDU/CSU/FDP diese Punkte im Wahlkampf "vergaßen".

### Rolle der SPD

Nicht verständlich ist allerdings, daß die SPD in ihrem Wahlkampf diese Punkte ebenfalls "vergaß". Im ganzen Vereinigungsprozeß hat die große deutsche Arbeiterpartei eine unrühmliche Rolle gespielt. Nicht Kampf gegen die kapitalistische Restauration im Osten und gegen die Bosse im Westen kennzeichnete ihre Politik. Im Gegenteil! "Konstruktive Opposition", also Burgfrieden mit den Unternehmern und ihrer Regierung lautete die SPD-Devise. Dementsprechend war auch der Wahlkampf dieser Partei: Poppige "Oskar"-Plakate, hin und wieder ein bißchen Umweltschutz, das war's auch schon. Die einzige wesentliche inhaltliche Aussage war: Die CDU lügt, weil sie nicht zugibt, die Steuern wegen der Einheit erhöhen zu müssen.

Wir sind so ehrlich und sagen euch das schon jetzt.

Die logische Konsequenz dieser Politik war eine Reihe von Niederlagen. Warum SPD wählen, wenn es ohnehin ein kapitalistisches "Original" gibt. Besonders katastrophal ist der Fall Berlin.

### Berlin

Hier zerbrach die rot-grüne Koalition, weil SPD-Bürgermeister Momper (galt einmal als "links") Knüppelpolizeieinsätze gegen Obdachlose, die leerstehende Häuser besetzten, anordnete. Bei aller berechtigten Kritik, die gegenüber Teilen der Besetzer sicherlich angebracht ist, wäre es doch die Aufgabe jedes Sozialisten, gemeinsam mit diesen Menschen gegen Kohl und Spekulanten zu kämpfen. Fazit: 40% für die CDU, 30% für die SPD. SPD-Konsequenz aus dieser Niederlage: weiterer Rechtskurs und Koalition mit der CDU.



Der Mann des Jahres  
Aber nur für das Kapital!

### Grüne und PDS

Grüne und PDS waren bei dieser Wahl keine Alternative zur SPD. Die Grünen, durch und durch kleinbürgerlich, inzwischen fest in der Hand des rechten "Realo"-Flügels schafften im Westen nicht mehr den Bundestageinzug. Ihre Programme und Konzepte sind inzwischen völlig den kapitalistischen "Sachzwängen" untergeordnet. Im Gegensatz zur SPD (deren Politik es ebenfalls ist) besitzen die Grünen aber praktisch keine Verbindung zur Arbeiterbewegung.

Etwas anders gelagert ist die PDS. Sie war im Wahlkampf der Hauptfeind (unsinnigerweise auch der SPD). Natürlich muß die PDS gegenüber den scheinheiligen Angriffen seitens CDU/CSU/FDP (die im Osten nichts anderes als umgewandelte Blockparteien sind) verteidigt werden. Auch ist nicht zu übersehen, daß sich einige kämpferische Jugendliche in der PDS betätigen. Doch längerfristig gesehen ist diese Partei (vor allem bei der Arbeiterklasse) chancenlos. Im Westen erhielt die PDS gerade 0,3% (die KPÖ ist fast doppelt so stark!) und auch im Osten laufen ihr die Wähler weg. Im Bewußtsein der Arbeiter, aber auch im organisatorischen Bereich wird diese (programatisch bestenfalls linkssozialdemokratische) Organisation niemals ihre stalinistische Vergangenheit überwinden.

### Perspektiven

Die Bundestagswahl war eine Niederlage für die deutsche Arbeiterbewegung. Nicht zu übersehen sind die Faktoren die dazu geführt haben: Antisozialistische Offensive, angepaßte SPD-Politik...

In der kommenden Periode werden die ganzen Folgen der kapitalistischen Restauration voll zum Tragen kommen: Massive Staatsverschuldung, Inflation,

Massenarbeitslosigkeit... Die ganzen Reserven der BRD werden dadurch jetzt, in einer Aufschwungsperiode, bereits aufgebraucht. Die Koalitionsregierung wird versuchen, die Kosten ihrer Politik auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Schon jetzt herrscht gewaltige Unzufriedenheit, die sich nicht zuletzt in der niedrigsten Wahlbeteiligung seit Bestehen der BRD ausdrückt.

te. Klassenkämpfe (wie bei der Reichsbahn) sind angesichts dieser Lage vorprogrammiert. Wie sie geführt werden und ob sie erfolgreich sind, wird letztlich an der Politik der SPD-Führung liegen. Ein sozialistischer Kurswechsel und Aufbau eines linken Massenflügels ist dazu dringend notwendig.

Johnny Evers SJ 5

## PDS

Durch den aggressiven, überstürzten Anschluß der DDR an die kapitalistische BRD haben sich die westdeutschen Bürgerlichen auch die PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) in den neuen gesamtdeutschen Bundestag einverleibt.

In der ehemaligen DDR hat sich die PDS mit 10% der Wählerstimmen etablieren können. Im Westteil Deutschlands konnte sie aber nirgends Fuß fassen. Da sich die PDS als Kraft links von der SPD versteht, ist sie für viele Linke Hoffnungsträger, hat sie sich doch im Parteienspektrum als linke Opposition behauptet.

Wie soll man die PDS nun einschätzen? Ist sie noch immer eine stalinistische Partei, wie es ihr von bürgerlicher Seite immer vorgeworfen wird oder ist sie eine Partei, die konsequent den demokratischen Sozialismus anstrebt, wie es etwa ihr Name nahelegen würde? Keines von beiden.

Die PDS hat nach der Wiedereinführung des Kapitalismus in der DDR ihre Rolle grundlegend geändert. Sie war einst die Hauptpartei der DDR-Bürokratie, mehr Staatsapparat als Partei. Sie kontrollierte den ganzen Staatsapparat und ihre Funktionäre genossen ungeheuerliche Privilegien. Von den 2,4 Millionen SED-Mitgliedern blieben nur 0,4 bei der PDS. Für Karrieristen bietet diese Partei

keine Perspektive mehr. Zwar sind noch viele ehemalige SEDler in der PDS, doch ein Drittel der Partei besteht aus jungen Leuten, die von der aggressiven Anschließpolitik angewidert sind. Die Partei hat einen Wandel vollzogen.

Andererseits ist die PDS keine revolutionäre Partei. Sie unterscheidet sich programmatisch nicht entscheidend von der SPD. Ein klares Bekenntnis zur Marktwirtschaft und zur parlamentarischen Demokratie sind zentrale Punkte ihres Programmes. Es gilt lediglich den Markt "im Interesse des Gemeinwohles zu regulieren." Die PDS tritt nicht einmal für die klassenlose Gesellschaft ein. Andererseits meint das Programm, daß die sozialistische Ursprungsidee nichts von ihrer Aktualität eingebüßt hat und daß sich der Kapitalismus als unfähig erweist, den globalen Interessen der Menschheit zu entsprechen. Medien und Gewaltmonopol des Staates sollen demokratisch kontrolliert werden. Weiters will sie die Ergebnisse der Bodenreform verteidigen.

In der Innenpolitik vertritt die PDS für viele die Belange der DDR-Bevölkerung. Nur das Bündnis 90 und die PDS unterliegen nicht dem direkten Diktat Bonn.

Im Herbst versuchten PDS-Funktionäre unter der Drohung, daß die PDS enteignet und als ver-

fassungsfeindliche Kraft eingestuft werden könne, Geld ins Ausland zu schaffen. Sofort brachen die bürgerlichen Parteien und ihre Presse eine Kampagne vom Zaun, um den Einzug der PDS in den Bundestag zu verhindern. Da in der PDS noch immer Bürokraten, von der Basis abgehobene Funktionäre, am Werk sind, konnte sich dieser Geldtransfer nur negativ für die

Partei und die Basis auswirken. Auch in den Gewerkschaften sind PDSler großem Druck ausgesetzt. Natürlich muß die PDS gegen die Angriffe der Bürgerlichen und des Staates verteidigt werden. Allerdings hat die PDS auf Grund ihrer stalinistischen Vergangenheit (z.B. Übernahme vieler SED-Funktionäre) und ihrer programmatischen Nähe zur SPD keine großen Chancen, sich in

der Arbeiterschaft massiv zu verankern. Entscheidend wird aber sein, inwieweit sich die Basis im Kampf gegen stalinistische Strukturen durchsetzt. Jedenfalls sollten wir für die Zusammenarbeit von SPD, DGB und PDS auf der Basis eines sozialistischen Programms sprechen, gegen die bürgerliche Mehrheit in Deutschland!

David Mum SJ 23

## Berichte aus den Betrieben

### Profite durch Teilzeitarbeiter

**Tatort: Ein pharmazeutischer Großhandelsbetrieb mit Niederlassungen in Wien und fast allen Bundesländern.**

Einen großen Teil des Gewinns für dieses private Unternehmen erschufen Lehrlinge, Studenten und ein Heer von ausländischen Arbeitern. Berühmt ist dieser Betrieb nicht nur deswegen weil er seinen Lehrlingen (z.B. Drogisten) eine völlig unzureichende Ausbildung vermittelt, sondern diese großteils auch noch während der Lehrzeit entläßt, daher also als Billigstarbeitskräfte ausnützt.

Auch Studenten als Teilzeit- oder Ferialbeschäftigte und etliche Ausländer werden nach allen Regeln der freien Marktwirtschaft ausgebeutet und erarbeiten die immensen Gewinne. Bei der Lohnauszahlung widerspiegeln sich diese jedoch nicht. Ein Lagerarbeiter (als Hilfsarbeiter angestellt) wird beispielsweise mit 7.500 öS abgespeist. Studenten mit einer Wochenarbeitszeit von 10,5 Wochenstunden verdienen etwa 60 öS pro Stunde, steuerfrei (auch für den Betrieb), und er spart sich jegliche Sozialabgaben. Zusätzlich werden diese Teilzeitkräfte in den Spitzenzeiten eingesetzt, also optimal für den Unternehmer ausgenutzt. Besonders dreckig geht es den ausländischen Kollegen. Da eine Beschäftigung in den meisten

Fällen Voraussetzung ist, um in Österreich bleiben zu dürfen, ist es für sie praktisch unmöglich sich gegen Schikanen zur Wehr zu setzen.

Aktuelles Beispiel: Ein türkischer und ein rumänischer Kollege mußten einem leitenden Angestellten bei seiner privaten Umsiedlung in eine neue Wohnung helfen. Um ihren Arbeitsplatz nicht zu gefährden und abgeschoben zu werden, standen sie quasi als Sklaven zur Verfügung. Natürlich wurde - wie so oft - versichert, daß es sich hierbei um einen Ausnahmefall handelt.

### Ein Student und SJ-Mitglied

#### "Am besten Selbstausbeutung"

Wie wir alle wissen wollen die Unternehmer, daß wir Arbeitnehmer mehr und schneller arbeiten, um die Profite zu steigern. Ganz besonders raffiniert wäre es, wenn die Arbeitnehmer sich selbst antreiben würden.

Bereits in den 60er Jahren gab es solche Konzepte in Japan. Von



Der Streß in den Büros wird immer größer

dort aus verbreiteten sich die sogenannten "Qualitätsgruppen" in die USA und Westeuropa. Vorallem Multis wie General Motors, Siemens oder Rank Xerox arbeiten auf diese Weise. Viele japanische Unternehmen glauben sogar, daß diese Mitarbeitergruppen der Schlüssel zur maximalen Profitsteigerung ist. Wie funktionieren diese Konzepte nun? Alle Arbeitsbereiche werden in Strukturen aufgeteilt. Basisgruppen von 5-10 Arbeitnehmern (hauptsächlich bei Angestellten) machen die eigentliche Arbeit Sie legen Vorschläge vor, wie die Arbeit schneller, besser und mit weniger Leuten zu erledigen ist. Jede Arbeitsgruppe hat einen Leiter, die Struktur ist streng hierarchisch gegliedert, jeder Mitarbeiter ist verpflichtet mitzuarbeiten (auch außerhalb der Arbeitszeit) und die letztendliche Entscheidung liegt natürlich bei den Unternehmens-eigentümern. Das Hauptaugenmerk legen die Unternehmer auf "die Motivation der Mitarbeiter". Wer sich gut einfügt, erhält vom Unternehmen Vergünstigungen. Leute, die sich weigern mitzumachen oder keine entsprechende Leistung erbringen, können mit Sanktionen rechnen. Jedenfalls wird den Angestellten "Selbstbestimmungsfreiraum" gewährt. Das Unternehmen gibt Rationalisierungs- oder Gewinnziele vor. Wie diese erreicht werden, können die Arbeitnehmer (natürlich in gewissen Grenzen) bestimmen. Der

## MAGGIES ENDE

Effekt ist offensichtlich: Die Angestellten bekommen Verantwortung, Macht über andere, Vergünstigungen, wenn sie brav sind und scheinbar Demokratie am Arbeitsplatz. Alles ganz toll, wenn nicht... Demokratie am Arbeitsplatz kann es im Kapitalismus nicht geben. Warum nicht? Wem gehört das Unternehmen und wer bekommt den Profit? Überall bei diesen Qualitäts- oder Arbeitsgruppen liegt die Entscheidung bei den Kapitalisten. Die Arbeitnehmer schlagen Maßnahmen vor und führen sie im Interesse der Kapitalisten durch, auch wenn es für Kollegen/innen negative Folgen hat. Das Prinzip "teile und herrsche" wirkt. Die Unternehmer benutzen diese Konzepte des Vorschlagswesens, um die gewerkschaftlichen Tätigkeiten einzuschränken und zu ersetzen. Die Kapitalisten gaukeln den Angestellten vor, daß sie allein ihre Position verbessern können, geben einigen Vergünstigungen. Doch in Wirklichkeit heißt das: Spaltung der Arbeitnehmer in "Gute und Schlechte". Wer das bestimmt ist auch klar: der Unternehmer oder das Management. Welche Folgen das hat, kann man sich vorstellen: Entsolidarisierung, Kriechertum und Anpassung. Keine günstigen Voraussetzungen für gewerkschaftliche Tätigkeit. Wir dürfen nicht die Drecksarbeit für die Kapitalisten machen. Wir wollen wirkliche Demokratie am Arbeitsplatz. Das kann jedoch nur mit gemeinwirtschaftlichen Eigentumsverhältnissen und starken Arbeiterorganisationen (wie Gewerkschaften) funktionieren. In diesem Sinne: Stärken wir die Gewerkschaften und kämpfen wir unter der Kollegschaft gegen Spaltung und Entsolidarisierung.

Ein GDA-Mitglied



Für eine starke sozialistische Arbeiterpresse Unterstützt VORWÄRTS



Die Gewerkschaften im Würgegriff von Thatcher

Ende November hat Maggie Thatcher, die langjährige Vorsitzende der englischen Konservativen und Premierministerin, ihren Rücktritt bekannt gegeben.

Falls es die Tories nun tatsächlich noch einmal schaffen sollten, bei den kommenden Wahlen die Mehrheit zu bekommen, so nur deshalb, weil sie ohne Thatcher kandidieren. Sie war zuletzt so unbeliebt, daß sogar die konservative Zeitung "Daily Mail" zugeben mußte, daß ca. 60% der Bevölkerung lieber heute als morgen Thatcher abgesetzt sehen würden.

Ihr Nachfolger wurde John Major, ein Vertreter der Thatcher - Linie und auch ihr Wunschkandidat.

Es gilt als klar, daß die Tories mit einigen Abweichungen die bisherige Linie weiterverfolgen wollen. Sie wollen Personen wechseln aber nicht ihre Politik. Jedoch das, was Thatcher den Posten gekostet hat wird wohl, auch nach Aussagen Majors vor seiner Wahl zu schließen, fallen: Die Poll-Tax. Die Poll-Tax ist eine extrem ungerechte Steuer, die nicht nach dem Einkommen berechnet wird, sondern von jedem über 18, egal wieviel jemand verdient, bezahlt werden muß.

Gegen diese Steuer bildete sich in ganz Großbritannien eine Massenbewegung, die von der All British Anti Poll Tax Federation (APF) angeführt wird. An der Spitze der APF stehen fast ausnahmslos Unterstützer der Linksoption in der Labour Party um die marxistische Zeitung Militant. Die APF, mit ihren hunderttausenden Mitarbeitern, organisierte zahlreiche Demos (z.B. 200.000 in London, 50.000 in Glasgow) und ist mit ihrer Politik wahrscheinlich hauptverantwortlich dafür, daß Thatcher gehen mußte. Denn die Stimmung gegen Thatcher fand

ihren Höhepunkt durch die Poll-Tax, die die krasseste Ausformung der Ausbeutung der englischen Arbeiter ist. (Mehr über die Poll-Tax in Vorwärts Nr.18)

### Rolle der Labour Party

Die Labour Party müßte derzeit eigentlich in einer günstigen Situation sein. Doch anstatt, daß sie diese Lage ausnützt und sozialistische Inhalte vertritt, strich sie diese vehement aus ihrem Programm. Die Labour Party hat auch schon angekündigt, z.B. Streikgesetze, die die Regierung Thatcher erlassen hat, nicht rückgängig machen zu wollen.

Anstatt ihre Arbeiterbasis zu vertreten, versucht die Labour Party anscheinend unter den Unternehmern Wählerstimmen zu gewinnen. Die Tories können nur gewinnen, wenn Labour weiterhin, so wie in den vergangenen Jahren ein kapitalistisches Programm vertritt. Wenn jedoch Labour, so wie es die Militant - Unterstützer fordern, ein Programm für die Arbeiter nach vorne bringt, haben die Tories, auch ohne Poll-Tax und Maggie keine Chance.

Michael Bonvalot SJ 5



# VORWÄRTS

## WAS WIR WOLLEN

### LIEBE GENOSSEN/INNEN

Diese Forderungen sind nur ein kurzer Auszug aus unserem Programm. Jede der Übergangsforderungen ist für sich betrachtet notwendig; die Gesamtheit der Forderungen können wir aber nur durchsetzen, wenn wir das kapitalistische System überwinden. Wenn Ihr Anregungen oder Kritik an uns habt, schreibt uns, wir werden jede solidarische Kritik gerne diskutieren.

### BILDUNG

\* Wir fordern kostenlose Bildung für alle und den Ausbau der Möglichkeiten für alle Lohnabhängigen, sich bei voller Lohnfortzahlung weiterzubilden. Besondere Bedeutung soll die gewerkschaftliche Ausbildung erhalten!

### UMVERTEILUNG

\* Für die Einführung der

gleitenden Lohnskala! Lohnerhöhungen müssen mindestens die Steigerung der Lebenshaltungskosten abdecken.

\* Mindestlohn von 12.000 öS netto pro Monat für die gesamte arbeitende Bevölkerung!

\* Die neuen Technologien müssen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung eingesetzt werden und nicht zugunsten des Kapitals. Für einen systematischen und planvollen Einsatz von Computern und Robotern mit dem Ziel, die Wochenarbeitszeit auf ein Minimum zu senken!

### VERSTAATLICHTE WIRTSCHAFT

\* Schluß mit dem Abbau von Arbeitsplätzen in der verstaatlichten Industrie!

\* Keine Privatisierung der verstaatlichten Wirtschaft, im Gegenteil Ausbau der Verstaatlichung auf die Großindustrie, Banken, Versicherungen und Großgrundbesitz!

\* Verwaltung und Kontrolle der Verstaatlichten sollen zu gleichen Teilen Belegschaftsvertreter, Gewerkschaften und Vertreter des Staates übernehmen!

### FÜR EINE GEPLANTE WIRTSCHAFT

\* Planen wir die Wirtschaft

nach den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit, nicht nach den Profiten!

\* Für eine demokratische Planwirtschaft, die unsere Lebensgrundlagen nicht der Profitgier der Kapitalisten ausliefert, auf Grundlage der Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel!

\* Demokratische Planung, Arbeiterkontrolle und -verwaltung über die Betriebe, um bürokratische Auswüchse wie in den stalinistischen Staaten zu verhindern!

Die kapitalistische Wirtschaft kann ihre eigenen Krisen nicht mehr überwinden! Daher werden wir die kapitalistische Wirtschaftsordnung überwinden!

**SPENDET  
FÜR**

**VORWÄRTS**

Spendenkonto  
PSK 8812.733



Ich möchte

**VORWÄRTS**

unterstützen und bitte  
um weitere Informationen

Name

Anschrift

Ich möchte

VORWÄRTS abonnieren

5 Ausgaben zu 50,- öS

10 Ausgaben zu 100,- öS

ein VORWÄRTS-Förderabo  
zu öS ... beziehen   
(ab 50,- öS)

Auslandsabo (5 Ausgaben: 80,-)

Einsenden an:

VORWÄRTS c/o Andrea Koch, Grenz-  
ackerstraße 19/9/4, 1100 Wien